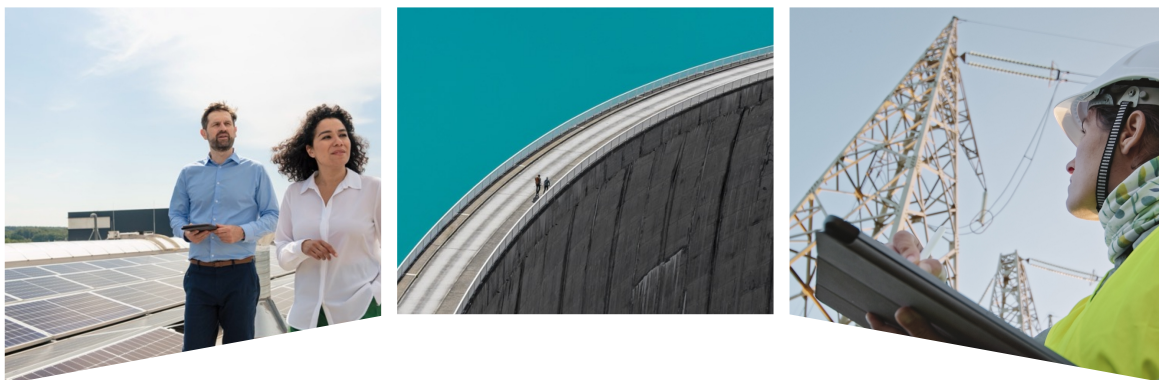




Energiepolitik

Winterstrom: ***Zehn Jahre «treten an Ort» sind genug***

29.03.2026

Auf einen Blick

Trotz Ausbau der Erneuerbaren produziert die Schweiz heute nicht mehr Winterstrom als vor zehn Jahren. Es ist Zeit, das Versorgungsproblem unseres Landes endlich ernst zu nehmen.

Die Förderung der erneuerbaren Energien in der Schweiz zeigt auf den ersten Blick erfreuliche Resultate. Im Jahr 2024 lag die Produktion aus Erneuerbaren mit rund 8.3 Terawattstunden um ein Vielfaches höher als noch 2010 (rund 1.4 Terawattstunden). Dies entspricht fast dem jährlichen Strombedarf des Kantons Zürich. Fast drei Viertel dieses Zuwachses gehen auf den Solarausbau zurück. Insgesamt hat die installierte Produktionskapazität in den letzten 15 Jahren um 40 Prozent zugenommen.

So weit, so gut. Aber befindet sich die Schweiz damit auf dem richtigen Weg, um Versorgungssicherheit mit sauberem, günstigem Strom zu gewährleisten? Die ernüchternde Antwort lautet leider nein. Im Sommer produziert unser Land schon heute Überschüsse. Auf dem aktuellen Pfad wird sich diese sommerliche «Stromschwemme» noch verstärken. Aufgrund des Wegfalls der bestehenden KKW werden wir aber künftig vor allem mehr Winterstrom brauchen. Ein genauer Blick in die Daten zeigt hier ein weniger rosiges Bild der jüngsten Entwicklung. Die Schweizer Winterstromproduktion hat in den letzten zehn Jahren nicht zugenommen. Sowohl über das ganze Winterhalbjahr (Oktober bis März) als auch in der «kritischen Phase» von Dezember bis Februar ist der bisherige Zubau der Erneuerbaren praktisch wirkungslos geblieben. Die Schere zwischen installierter Produktionsleistung und tatsächlicher Produktion geht auf. Die Nachfrage dürfte derweil bis 2050 um rund ein Drittel zunehmen. Insgesamt sind rund 60 Prozent der im Jahr 2050 benötigten Winterstromproduktion heute noch nicht gebaut.

Mit der Stilllegung des KKW Mühleberg 2019 haben die KKW Beznau, Gösgen und Leibstadt nochmals an Bedeutung gewonnen. In den letzten Jahren konnte der Wegfall von Mühleberg durch eine erhöhte Verfügbarkeit der restlichen Anlagen kompensiert werden. Im Winter 2025/2026 musste im grossen Stil das Ausland einspringen. Aufgrund der verlängerten Revision des KKW Gösgen hat die Schweiz seit Mitte Oktober netto nur an drei Tagen keinen Strom importiert. Zeitweise wurde etwa die Hälfte unserer täglichen Nachfrage mit Strom aus anderen Ländern gedeckt. Souveränität und Versorgungssicherheit sehen anders aus.

Unter den Erneuerbaren produziert vor allem die Wasserkraft im Winter verlässlich Strom. Aber sie stösst an ihre Grenzen. Auf dem aktuellen Pfad wird ihr Beitrag nicht reichen, um die Winterproduktion stabil zu halten, geschweige denn den Mehrverbrauch durch Wohlstandswachstum, Wärmepumpen oder

Elektrofahrzeuge aufzufangen. Beznau geht 2033 vom Netz – das ist beschlossene Sache. Gösgen und Leibstadt könnten 2039 und 2044 folgen. Damit fehlt uns mittelfristig massiv Winterstrom. Würde man diese Lücke nur mit Wind und Sonne schliessen, bräuchte es etwa 1'300 Windturbinen oder rund 200 alpine Solaranlagen, von denen jede jeweils eine ähnliche Fläche wie das KKW Gösgen hat. Dieses bedeutende mittelfristige Versorgungsproblem wird politisch im Moment nur durch die Notfallmassnahmen der Stromreserve adressiert – insbesondere eine teure Vorhaltung von Wasserreserven und Gaskraftwerke falls es knapp wird.

Was ist also zu tun? Die Schweiz muss ihre Strategie nachjustieren und diversifizieren. Monokulturen können wir uns nicht leisten, denn wir benötigen in Zukunft jede emissionsfreie Kilowattstunde, die wir kriegen können. Dafür braucht es drei Dinge:

Erstens einen stärkeren Fokus der Erneuerbaren-Förderung auf Effizienz und zusätzlichen Winterstrom. Die Förderkriterien müssen auf die Lösung des Schweizer Winterproblems zugespielt werden, nicht auf eine Verstärkung der Überproduktion im Sommer.

Zweitens braucht die Schweiz ein Stromabkommen mit der EU. Vollständige Importabhängigkeit und Autarkie sind gleichermassen Extremlösungen, die keinen Sinn ergeben. Strom gehorcht in erster Linie physikalischen Gesetzen, nicht politischen. Eine geregelte Einbindung ins europäische Stromnetz macht unser System in jedem Fall bis zu 50 Mrd. Franken günstiger und robuster. Es ist ein «no regret move» für die Schweiz.

Drittens braucht es die Aufhebung des Technologieverbots bei der Kernenergie. Der Gegenvorschlag zur Blackout-Initiative schafft hier die Grundlage, um den Langzeitbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke zu sichern und die Option für einen späteren Ersatz offenzuhalten. Mit der Aufhebung des Verbots wird zudem das Know-how erhalten und die Forschung am Standort Schweiz gestärkt. Der Zeitpunkt, diese Weichen zu stellen, ist jetzt.

Erstpublikation dieses Beitrags erfolgte am 29. März 2026 in der NZZ am Sonntag.



Lukas Federer

Bereichsleiter Energie, Umwelt, Infrastruktur & Digitales, Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung